2. Kann darin, daß eine Forderung auf das Grundstück des Schuldners als Vormerkung eingetragen wird, eine Veräußerung im Sinne des § 288 St.G.B.'s gefunden werden?

IV. Straffenat. Urf. v. 13. November 1900 g. L. u. Gen.
Rep. 3008/00.

I. Landgericht Görlitz.

Die Angeklagten sind aus § 288 St.G.B.'s, August L. als Thäter, seine Kinder als Gehülfen, verurteilt. Das Reichsgericht hat die Revision der Angeklagten verworfen.

Aus den Gründen:

Nach § 639 jetzt 699 C.P.D. sind Zahlungsbefehle nach Ablauf der darin bestimmten Frist auf Gesuch des Gläubigers für vorläufig vollstreckbar zu erklären, sofern nicht vor der Vollstreckbarkeitsklärung von dem Schuldner Widerspruch erhoben ist. Nach § 7 des preußischen Gesetzes, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, vom 13. Juli 1883 (vgl. jetzt § 866 C.P.D.) durften Forderungen, welche nur vorläufig vollstreckbar waren, im Wege der Zwangsvollstreckung nicht als Hypothek, sondern nur als Vormerkung auf die Grundstücke des Schuldners eingetragen werden. Dementsprechend sind die vorgebliehen Forderungen der Kinder auf Grund der von diesen nach Vereinbarung mit ihrem Vater erwirkten Zahlungsbefehle im Grundbuche über das Grundstück des letzteren am 11. Juli 1899 vorgemerkt worden. Der erste Richter hat hierin eine durch den Vater bewirkte Veräußerung gefunden; er begründet diese Auffassung mit der Erwägung, daß die Belastung des Grundstückes mit einer Hypothek sich als Veräußerung eines Vermögensbestandtheiles darstelle und dasselbe von der Vormerkung gelten müsse, weil diese den Rang der Forderung bestimme und deshalb bei der Zwangsversteigerung dieselben materiellen Wirkungen in Bezug auf die Befriedigung aus den Kaufgeldern ausübe wie die definitive Hypothek. Die Revision führt hiergegen aus, daß nur ein durch § 288 St.G.B.'s nicht mit Strafe bedrohter Versuch in Frage sei, da die Kinder des Angeklagten August L. durch die Vormerkung eine bloße Sicherung erhalten hätten.

Der Senat vermochte der Revision auch in dieser Richtung nicht beizutreten. Von dem Sage ausgehend, daß die Veräußerung eines Vermögensbestandtheiles auch da anzunehmen ist, wo eine in dem Sacheigentume enthaltene Befugnis erst durch die Übertragung an einen Dritten zur äußeren Erscheinung und selbständigen Existenz gelangt, hat das Reichsgericht wiederholt ausgesprochen, daß in der Bestellung eines Pfandrechtes seitens des Eigentümers eine Veräußerung im Sinne des § 288 enthalten ist.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 7 S. 237, Bd. 8 S. 1.

Daß in diesem Sinne zwischen der Eintragung einer endgültigen Hypothek und einer Vormerkung nicht zu unterscheiden ist, ergeben in dem hier vorliegenden Falle,

vgl. für die Zeit nach dem 1. Januar 1900 § 883 B.G.B.'s und §§ 9. 48 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung, die Vorschriften des preussischen Gesetzes über den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke vom 5. Mai 1872. Nach § 70 daselbst setzt die Eintragung einer Vormerkung voraus, daß der Anspruch, welcher durch die Vormerkung gesichert werden soll, glaubhaft gemacht ist; nach § 22 wird durch die Vormerkung für die endgültige Eintragung die Stelle in der Reihenfolge der Eintragungen gesichert. Danach hat schon die Vormerkung unter der Voraussetzung der späteren Liquidation des vorgemerkten Rechtes dingliche Wirkung. Durch die Umschreibung der Vormerkung in eine definitive Hypothek wird kein neues Recht geschaffen, sondern die Hinwegräumung des Hindernisses einer sofortigen Hypothekeneintragung beurkundet, also nur bewirkt, daß die Hypothek als bereits zur Zeit der Vormerkung endgültig eingetragen gilt.

Vgl. Förster-Eccius, Preussisches Privatrecht 7. Aufl. Bd. 3 S. 563; Dernburg, Preussisches Privatrecht 5. Aufl. Bd. 1 S. 472; Achilles, 4. Aufl. Note 2c zu § 22 a. a. D.; Entsch. des R.G.'s in Zivilf. Bd. 4 S. 268.